

Verbesserung des Rettungsdienstes | Umsetzungsplan



Bei einem Arbeitsgespräch der Initiative „Rettet das Krankenhaus Mainburg“ diskutierten kürzlich die Mitglieder verschiedene Aspekte zum Krankenhaus Mainburg. Ein großes Thema war, dass in der politischen Diskussion bisher der Eindruck erweckt wurde, dass **als Ausgleich für die Krankenhausabstufung** bereits Maßnahmen zur **Verbesserung des Rettungsdienstes** in der Region ergriffen wurden. Dass die Rettungsdienst-Stellplätze Langquaid und Nandlstadt zu einer 24/7 Rettungswache ausgebaut wurden, ist bereits seit 2023 beschlossen. Die Grundlage war ein Gutachten des Instituts für Notfallmedizin und Medizinmg. (INM) der LMU München. Dies stand **nicht in Zusammenhang** mit einer evtl. **Veränderung des Krankenhauses Mainburg**. Die Ursachen für die Ausweitung der Einsatzzeiten waren in beiden Fällen die gestiegenen Einsatzzahlen und vor allem nicht eingehaltene Hilfsfristen im Umgriff der jeweiligen Rettungswache. Diese Aufstufung beider Standorte führt zu einer zusätzlichen Rettungswagen-Vorhaltung jeweils von Mitternacht bis in die frühen Morgenstunden. In den restlichen Zeiten waren diese Rettungsmittel bisher schon verfügbar.

Falls der Kreistag in seiner Sitzung am 16.12.24 nochmals die Abstufung zu einem **Level 1i-Haus** bestätigen sollte, liegt eine künftig **erhöhte Auslastung des Rettungsdienstes** auf der Hand. Aus Sicht der Initiative müsste dann sofort ein Gutachten für die Hallertau erstellt werden, um die Maßnahmen festzustellen, die für eine Sicherstellung des Rettungsdienstes erforderlich sind. Auch sollte in diesem Zusammenhang offengelegt werden, wie häufig heute bereits die 12 Minuten Hilfsfrist nicht eingehalten werden kann. Die Initiative bekräftigt, dass aber auch diese weiteren Maßnahmen die stationäre Notfallversorgung keinesfalls aufwiegen oder ersetzen können. Ein Rettungswagen ersetzt keine Intensivstation und auch kein Herzkatheterlabor.

Weiterhin warfen die Aktiven einen Blick über die Landkreisgrenzen hinaus. Positiv sticht dabei der Landkreis Straubing-Bogen heraus. Dieser betreibt unter einer gemeinsamen Leitung die Standort Mallersdorf (145 Planbetten) und Bogen (120 Planbetten). An beiden Standorten wird das breitgefächerte Angebot der Inneren Medizin mit jeweils einem Herzkatheterlabor angeboten, sowie jeweils auch die Bauch- und Unfallchirurgie/Orthopädie. An beiden Standorten wird eine stationäre Notfallversorgung inkl. Intensivstation vorgehalten, Belegärzte ergänzen das Angebot der Klinik. In Mallersdorf wurde kräftig investiert und erst Mitte 2024 ein neuer OP-Trakt mit Intensivstation eröffnet. In seiner Haushaltsrede 2024 fordert der dortige CSU-Landrat Josef Laumer seine Kreistagsmitglieder auf, sich nicht nur verbal hinter die Krankenhäuser zu stellen, sondern dies auch in ihrem Abstimmverhalten zu zeigen. Zur Abstimmung stand eine weitere Investition von 8 Mio. in den Klinikstandort Mallersdorf. Mallersdorf liegt von den Zentren

Regensburg, Straubing und Landshut ca. 30 Minuten entfernt. Aufgrund der geringen Bevölkerungsdichte dort wurde Mellersdorf als Sicherstellungskrankenhaus definiert. Besonders interessant ist, dass für beide Standorte zusammen für 2024 in Defizit von 9,1 Mio. erwartet wird, hingegen die Ilmtalkliniken (ITK) mit ihren zusammen 310 Planbetten auf 23 Mio. EUR zusteuern. Die Vorhaltung eines breiten Leistungsspektrums an zwei Standorten scheint zumindest nicht der Grund für ein mehr als doppelt so hohes Defizit zu sein.

Bis heute **fehlt ein Umsetzungsplan** für die geplante Ambulantisierung in Mainburg inkl. der **finanziellen Perspektive**. Der Kreis Kelheim zahlt weiterhin unbeirrt **27% des hohen Gesamtdefizits** der ITK, obwohl das **Leistungsspektrum in Mainburg** mit Schließung der Bauchchirurgie Ende 2023 schon **deutlich reduziert** wurde und weitere massive Einschnitte für 2025 angekündigt sind. Die Frage, warum dieses Defizit im Vergleich mit anderen Häusern (z.B. Mellersdorf/Bogen) exorbitant hoch ist, kann oder will offenbar niemand beantworten. Die konkrete Finanzierung der sektorenübergreifenden Versorgungseinrichtungen (Level 1i) ist bis heute ungeklärt.

Die endgültige Entscheidung liegt am 16.12. in den Händen der Kelheimer Kreisräte, wie es mit dem Krankenhaus Mainburg weitergeht. Der Initiative stellt sich die Frage, ob man unter den genannten Aspekten eine sachlich fundierte Entscheidung treffen kann. Eine Entscheidung, die nicht wie sonst nur über Bauwerke oder Straßen befindet, sondern letztlich über Menschenleben. Die Kelheimer Kreispolitik darf sich nicht weiter von Pfaffenhofen unter Druck setzen lassen. Die Kreisräte sind ausnahmslos den Bürgern ihres eigenen Landkreises verpflichtet.